

## „Steiniger Weg“ zur Haushaltskonsolidierung

Vor der Verabschiedung des Weingartener Gemeindehaushalts 2012 wurde fünf Monate lang beraten

## Barfuß

Von unserem Redaktionsmitglied  
Jörg Uwe Meller

**Weingarten.** Als „ersten Schritt auf einem steinigen Weg in Richtung der Haushaltskonsolidierung“ bezeichnete Weingartens Bürgermeister Eric Bänziger den Gemeindehaushalt 2012, der am Montag bei einer Gegenstimme vom Gemeinderat verabschiedet wurde.

Vorausgegangen waren fünfmonatige Haushaltsberatungen. „Nach Aufstellung des ersten Haushaltsentwurfs ergab sich ein durch Darlehen zu finanzierendes Defizit von 3,6 Millionen Euro für 2012 und weitere Kreditaufnahmen für die Folgejahre, so dass sich die Schuldenspirale unaufhörlich nach oben entwickelt hätte“, so Bänziger in seiner Haushaltsrede. „Dafür gab es fraktionsübergreifend keinerlei Akzeptanz. Mit einer Zielvorgabe zur Verbesserung des Verwaltungshaushalts um eine Million Euro machten wir uns an die Arbeit, alle Positionen zu prüfen.“ Trotz der zusätzlichen 600 000 Euro der Landesregierung für die Kinderbetreuung „bleibt in der mittelfristigen Finanzplanung ein strukturelles Defizit, das dazu führt, dass der Gemeinderat – wenn sich die Finanzausstattung der Kommunen nicht dauerhaft verbessert – längerfristig an der Haushaltskonsolidierung arbeiten muss“, sagte Bänziger. (Fraktionsreden auf Seite 17.)

2012 wird die Grundsteuer B auf 340 Prozentpunkte angehoben. „Der Hebesatz ist da-

mit beim Landesdurchschnitt angekommen“, so der Bürgermeister. Dies soll 62 000 Euro an Mehreinnahmen bringen. Ferner stünden in diesem Jahr die Umsetzung des neuen Forstkonzepts an, die Reduzierung von Zuschüssen sowie eine weitere Kürzung der Personalkosten um pauschal 70 000 Euro. Und es sei beschlossen worden, „dass die Eintrittspreise am Baggersee die Kosten künftig decken müssen“.

Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt reicht mit 155 700 Euro zwar für die ordentli-

### Grundsteuer B wird erneut angehoben

che Tilgung im Vermögenshaushalt, es bleibt jedoch nichts, um die Investitionen und Ersatzbeschaffungen von 3,3 Millionen Euro zu finanzieren. Baumaßnahmen von 2,3 Millionen Euro stehen Zuweisungen und Zuschüsse von 697 000 Euro gegenüber. Der größte Teil der Finanzierung erfolgt über Veräußerungserlöse (735 000 Euro), eine Entnahme aus der Rücklage (856 100 Euro) sowie einen weiteren Kredit von 980 000 Million Euro.

Bis Ende des Jahres wird die Pro-Kopf-Verschuldung in Weingarten bei 485 Euro liegen – weit über dem Landesdurchschnitt. Die Gesamtverschuldung der Gemeinde (inklusive Eigenbetriebe) erhöht sich von 11,5 auf 12,9

Millionen Euro. „Es muss uns daher gelingen, die Abschreibungen in einer Größenordnung von jährlich 1,2 Millionen Euro aus dem laufenden Betrieb, dem Verwaltungshaushalt, zu erwirtschaften“, sagte Eric Bänziger.

Größtes Einzelprojekt ist der Neubau des Kindergartens Waldbrücke mit rund 1,25 Millionen Euro. „Erstmalig ist es uns gelungen, einen Zuschuss aus dem Ausgleichsstock zu erhalten“, so der Bürgermeister. „450 000 Euro sind bewilligt worden.“ Für Straßenbau in den Neubaugebieten sind 990 000 Euro vorgesehen, für die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen 250 000 Euro (bei einem Zuschuss von 80 000 Euro). Umbau und Erweiterung des Feuerwehrhauses wurden schwerpunktmäßig auf 2013 geschoben.

Beschlossen wurden auch die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe. Durch Investitionen in die Wasserleitungen und den neuen Hochbehälter auf der Setz wird der Wasserpreis, der 2012 noch konstant bleibt, in den kommenden Jahren erheblich steigen, mittelfristig wohl auf 2,50 Euro pro Kubikmeter. Die Verschuldung steigt bis 2015 auf voraussichtlich 7,8 Millionen Euro. Bei der Abwasserbeseitigung wird ein Kredit von 300 000 Euro notwendig. Durch weitere Darlehen steigen die Schulden bis 2015 auf 6,1 Millionen Euro. Der zum Jahresbeginn ausgegliederte Bauhof hat ein Volumen von 1,1 Millionen Euro im Ergebnishaushalt und 57 300 Euro im Vermögenshaushalt.

Weingarten Etat-Zahlen		
Haushalt	2012	2011
Gesamthaushalt	22,0 Mio. €	20,2 Mio. €
Vermögenshaushalt	3,5 Mio. €	3,6 Mio. €
Verwaltungshaushalt	18,6 Mio. €	16,6 Mio. €
Zuführungsrate	0,2 Mio. €	-1,2 Mio. €
Hebesätze		
Grundsteuer A	330 v. H.	330 v. H.
Grundsteuer B	340 v. H.	320 v. H.
Gewerbesteuer	340 v. H.	340 v. H.
Einnahmen		
Grundsteuer	1,1 Mio. €	1,0 Mio. €
Gewerbesteuer	2,3 Mio. €	2,0 Mio. €
Einkommensteueranteil	4,3 Mio. €	3,8 Mio. €
Schlüsselzuweisungen vom Land	2,9 Mio. €	2,8 Mio. €
Ausgaben		
Gewerbesteuerumlage	0,5 Mio. €	0,4 Mio. €
Finanzausgleichsumlage	2,1 Mio. €	1,8 Mio. €
Kreisumlage	2,6 Mio. €	2,3 Mio. €

Man macht es sich vielleicht nicht immer bewusst. Aber Europa ist auch Weingarten. Mit allem, was heutzutage dazu gehört, wenn man dazu gehören will. Länder wie Griechenland oder Italien haben ihren Anteil an der Finanzkrise zu tragen. (So versichert man uns zumindest.) Die Haushaltskrise in Weingarten nimmt sich dagegen vielleicht vergleichsweise putzig aus, stellt die lokale Politik jedoch vor das grundsätzlich gleiche Problem: Wie kommt man vom Schuldenberg runter und bleibt gleichzeitig handlungsfähig? Wie schafft man eine stabile Grundlage für die Zukunft, ohne die Lebensqualität der Menschen in der Gegenwart einzuschränken?

Und wie auf europäischer Ebene ist auch in dem badischen Dorf ein schneller Weg aus dem finanziellen Irrgarten nicht in Sicht. Das strukturelle Defizit – das Wort oder das Unwort des Jahres 2011 in Weingarten? – dürfte noch einige Jahre Gast in der Gemeinde bleiben. Auch 2012 steigen die Schulden weiter. Für 2015 wird eine weitere Darlehensaufnahme in Höhe von 1,5 Millionen Euro erwartet.

Einigen Gemeinderatsfraktionen gingen die Einschnitte – nach Haushaltsberatungen in Rekordlänge von fünf Monaten – noch nicht überall weit genug. Die Bastionen, die in diesem Jahr nicht genommen werden, müssen im nächsten Jahr vielleicht fallen. Der Weingartener Gemeindehaushalt 2012 ist daher möglicherweise richtungweisend, ein Signal ist er ganz sicher, für eine Lösung aber ist er wirklich nur ein erster Schritt. Der Bürgermeister sprach in seiner Haushaltsrede von einem steinigen Weg. Es bleibt abzuwarten, ob man einen Teil davon womöglich barfuß zurücklegen muss.

Jörg Uwe Meller



# NEUESTE NACHRICHTEN

## Auch die Einnahmen müssen steigen

Auszüge aus den Reden zur Verabschiedung des Weingartener Gemeindehaushalts 2012



Gerald Lopp



Hans-Martin Flinspach



Wolfgang Wehowsky



Karlernst Hamsen



Stefan Kleiber



Volker Barth

**Gerald Lopp (CDU):** „Aus Sicht der CDU ist unser Haushalt nicht optimal gelungen. Wir hätten uns gewünscht, dass vor einer Entscheidung über eine Grundsteuererhöhung weitere Kosteneinsparungen – und zwar quer durch den Haushalt – auf den Prüfstand gekommen wären. Wir möchten die Vorteile eines Jugendzentrums nicht grundsätzlich in Frage stellen. Die Kommune darf nicht auf der einen Seite die Eltern mit Kindergartenbeiträgen belasten und auf der anderen Seite die Leistungen des Jugendzentrums umsonst anbieten. Schauen wir uns die Jugendförderung für die Vereine an: 24 500 Euro pro Jahr für rund 1 000 Jugendliche in den Vereinen. Und 90 000 Euro pro Jahr für 30 bis 40 Jugendliche des Jugendzentrums. Die Nutzer des Jugendzentrums bekommen praktisch ein kostenloses Programm zur Unterhaltung angeboten, werden aber nicht dazu angehalten, dafür einen Beitrag zu leisten. Im Ergebnis fehlt uns schlicht der Mehrwert für die Gemeinde, der uns in der Schulsozialarbeit und der aufstrebenden Jugendarbeit deutlich vor Augen geführt wird. Für uns ist wichtig, nicht nur die Steuerzahler durch höhere Ausgaben zu belasten, sondern auch für höhere Einnahmen zu sorgen. Die Ansiedelung von Gewerbe bedingt aber zwingend die Vorhaltung von geeigneten Gewerbegrundstücken. Aus diesem Grund war es uns wichtig, der Erweiterung des Gewerbegebietes ‚Sandfeld‘ und des Baggersees als Abbaugelände für oberflächennahe Rohstoffe zuzustimmen.“

**Hans-Martin Flinspach (WBB):** „Wir haben bei den Haushaltsberatungen darauf gedrängt, dass neben dem Zins auch die Tilgung für bestehende Kredite vom Verwaltungshaushalt getragen wird. Es darf nicht ein, dass zur De-

ckung dieser Kosten neue Schulden aufgenommen werden müssen. Die damit verbundenen für alle Bürger spürbaren Belastungen durch höhere Steuern und Gebühren sind Ausdruck einer Politik der Zukunftssicherung. Gleichzeitig konnte von einer Schließung des Walzbachbades bisher Abstand genommen werden. Unter dem Strich kann der Sparhaushalt ohne unverhältnismäßige Härten für die Bürger umgesetzt werden. Die Entwicklung im ‚Sandfeld‘ wird von uns mitgetragen. Unser Vorrang für weitere Flächen besteht jedoch weiterhin auf der Reaktivierung von Gewerbebrachen entlang der Bahn und des Trautwein-Geländes. Erst danach ist an weitere Gewerbeflächenausweisung in der freien Landschaft zu denken. Mit der Schulsozialarbeit, dem Streetwork und dem Jugendzentrum ist ein schlüssiges Netz geflochten, das neben der hervorragenden Jugendarbeit unserer vielen Vereine eine gute Betreuung der Jugend gewährleistet. Daher war es uns wichtig, an diesem Punkt keine finanziellen Abstriche zu machen.“

**Wolfgang Wehowsky (SPD):** „In vielen Sitzungen ist es gelungen, zur Haushaltskonsolidierung Kompromisse zu erzielen, die den Gesamthaushalt um die Summe von insgesamt 795 000 Euro zu entlasten. Dabei sind Kostenreduzierungen in Höhe von 665 000 Euro erzielt worden, ohne dadurch die gute Infrastruktur des Ortes und die sozialen beziehungsweise familiären Leistungen für die Einwohner zum Nachteil verändert zu haben. Bei den Zuwendungen für die ehrenamtlichen Aktivitäten der Vereine ist es bei den bisherigen Ansätzen geblieben. Für uns ist dieser Haus-

haltstitel geschätztes Gebiet. Leider war es nicht zu vermeiden, die Grundsteuer B nach 2011 erneut um 20 Punkte auf 340 von Hundert anzuheben, einen Wert, der nun im absolut oberen Grenzbereich im Vergleich zu unseren Nachbarn liegt. Die SPD ist der Überzeugung, dass zusätzlicher Finanzbedarf künftig ausschließlich über Einsparungen im Haushalt generiert werden muss. Das würde zwangsläufig dazu führen, dass bestimmte Leistungen künftig nicht mehr erbracht werden können. Um zusätzliche Sparpotenziale zu erkennen, braucht man sich nur die Kostendeckung der kostenrechnenden Einrichtungen anzusehen.“

**Karlernst Hamsen (Grüne Liste):** „Wohl selten mussten Verwaltung, Bürgermeister und Gemeinderat so intensiv nach Einsparpotenzialen suchen wie in der Vorbereitung des Haushaltes 2012. Was uns leider fehlt, sind ernsthafte Gedanken und Diskussionen über die Gewerbesteuer. Weingartens gute Infrastruktur, gute durchschnittliche Einkommensverhältnisse der Einwohner, Investitionen in die Kinder- und Jugendbetreuung, um nur einige Gesichtspunkte zu nennen, bieten unseren Gewerbetreibenden die Basis für gesunde und stabile Umsätze. Warum also sollten wir nicht eine maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer anstreben? Zehn Prozentpunkte sind für uns durchaus vorstellbar, zumal die letzte Gewerbesteueranpassung viele Jahre zurückliegt.“

**Stefan Kleiber (FDP):** „Ein Punkt, der uns Liberalen schon immer am Herzen liegt, ist das Walzbachbad. Wenn nun zur Haushaltskonsolidierung aufgrund von Unwirtschaftlichkeit die Sauna geschlossen werden soll, tragen wir diese Entscheidung voll und ganz mit. Überlegungen, den Baggersee zum eingezäunten Badesee mit Bademöglichkeiten für Kleinkinder umzugestalten, werden wir jedoch in keinem Fall mittragen. Uns erscheint es viel sinnvoller, die Attraktivität des Freibads zu steigern und nicht ein weiteres Fass ohne finanziellen Boden an anderer Stelle aufzumachen. Zumal das Gebiet um die Walzbachhalle durch die TSV-Verlagerung noch attraktiver wird.“

**Volker Barth (Freie Wähler):** „Es wundert, dass die Bücherei auf dem Prüfstand steht, aber Zuschüsse zum Wein- und Straßenfest oder Fahrten in die Partnerschaftsstädte nicht zur Diskussion stehen. Bei der angespannten Haushaltslage kann es nicht sein, dass wegen fehlender Konzeptionen der Austausch mit den Partnerstädten zur reinen touristischen Veranstaltung verkümmert, ohne dass es zukunftsfördernde Planungen im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich gibt.“ jum/Fotos: pr

## Weingarten schließt sich der Resolution an

**Weingarten** (jum). Auch der Weingartener Gemeinderat hat sich in seiner jüngsten Sitzung der Resolution der Stadt Philippsburg angeschlossen, die sich dagegen wehrt, in ihrem Zwischenlager Abfälle von anderen Kernkraftwerken aufzunehmen. Gleichzeitig werden Bund und Länder aufgefordert, geeignete Endlager zu suchen (die BNN berichteten mehrfach).

Wie Bürgermeister Eric Bänziger mitteilte, haben sich mittlerweile fast alle Kommunen im Landkreis Karlsruhe dieser Resolution angeschlossen. In Weingarten gab es eine Gegenstimme und zwei Enthaltungen.